

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 11 (1991)
Heft: 21

Artikel: Neonazis in der Schweiz - cui bono? : Oder : Wie die SVP sich am Rassismus gesundstösst
Autor: Frischknecht, Jürg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651879>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

- 10) Wissen und Leben III, 1908/09, S. 350.
- 11) Schmid, C.A.: Unsere Fremdenfrage, Zürich 1900, S. 5.
- 12) Schmid, R.: Der Geburtenrückgang in der Schweiz. Eine Bevölkerungswissenschaftliche Studie. Diss. rechts- und staatswiss., Zürich 1925.
- 13) Egger, F.: "Der Bundesstaat und die fremden Zigeuner in der Zeit von 1848 bis 1914", in: Studien und Quellen 8, 1982, pp. 49-73.
- 14) Rufer M.: "Rassismus und Psychiatrie in der Schweiz." in: Widerspruch 14, Zürich. 1987.
- 15) Sulzer-Ziegler, E.: "Streik und Staat", In: Wissen und Leben X, 1912, S. 2-10.
- 16) Politisches Jahrbuch XXI, 1907, S. 545.
- 17) Politisches Jahrbuch VIII, 1893, S. 396.
- 18) Zit. in: Mattioli, A.: Gonzague de Reynold und die Rechte in der Schweiz, Lizentiatsarbeit Universität Basel, 1987, S. 44.
- 19) Vattimo, G.: Das Ende der Moderne, Stuttgart 1990.
- 20) Heller, D.: Eugen Bircher, Zürich 1988.
- 21) Zit in: Gautschi, W.: Geschichte des Kantons Aargau, Bd. 3, Baden. 1978, S. 415.
- 22) Zit. in: Mattioli, op.cit., S. 131.

Jürg Frischknecht

Neonazis in der Schweiz – cui bono?

Oder: Wie die SVP sich am Rassismus gesundstösst

Angesichts der sich häufenden Gewaltakte gegen Nichtweisse sind PolitikerInnen seltener geworden, die öffentliche Verdrängungsrituale zelebrieren wie Bundesrat Flavio Cotti noch vor weniger als zwei Jahren in einem Fernsehgespräch: "Herr Bichsel, sprechen Sie doch nicht von Fremdenhass in diesem Land!" Nach wie vor gefragt sind indessen zwei weit verbreitete Verdrängungsmuster. Erstens: Alles wäre bloss halb so schlimm, wenn die Medien die paar Untaten, die tatsächlich passieren, weniger hochspielten und damit überflüssigerweise zu Nachahmungstaten animierten. Zweitens: Die allermeisten Gewaltakte sind unpolitische Nachtbubenstreiche – Entgleisungen, wie es sie schon immer gegeben hat. (Jene Zeitungen, die einschlägige Meldungen in der Rubrik "Unfälle" und "Verbrechen" einrücken, unterstützen solche Tendenzen.) Gemeinsam ist solchen Verharmlosungen von Medien und PolitikerInnen, dass sie davon dispensieren, sich mit dem Phänomen rassistischer Gewalt näher auseinanderzusetzen. Wer sich dieser Mühe unterzieht, stellt rasch fest: Die meisten Gewaltakte, die von 'gewöhnlichen' (zumeist betrunkenen) Schweizer Männern gegen Andersfarbige verübt werden, wären ohne das 'Rassismusgefälle' zwischen Täter und Opfer nicht vorstellbar. Dies gilt, um nur die folgenschwersten Vorfälle anzusprechen, beim Totschlag gegen den Kurden Mustafa Yildirim in Fribourg (25.11.89) und beim Totschlag gegen den Tamilen Selvarajah Jeevan in Regensdorf (20.7.90). Viele waren schnell bereit, die beiden Täter (ein Lehr-

ling aus der Unterschicht und ein ehemaliger Schweizer Meister im Boxen) von jeder politischen Motivation und Verstrickung freizusprechen. Als wäre eine Tat erst dann politisch, wenn der Täter praktizierendes Mitglied einer Neonazigruppe ist.

Eine grosse Zahl von Gewaltakten vorab gegen Asylsuchende (1) geht allerdings nachweisbar auf das Konto politisch formierter Gruppen. Die engsten Mitstreiter von Marcel Strebels *Patriotischer Front* haben 1987 als Ku-Klux-Klan Gruppe auf Asylunterkünfte geschossen. Und der bisher einzige gezielte Racheakt (der dem Winterthurer AZ-Journalisten Markus Koch galt) geht auf das Konto von zwei führenden Köpfen der Schaffhauser Neonazi-Gruppe *Nationalrevolutionäre Partei Schweiz* (NPS), einer Abspaltung der Winterthurer *Neuen Front*. Die verwendete Handgranate der Schweizer Armee war von einem Leutnant gestohlen und geworfen worden. Der (noch nicht abgeschlossene) Prozess gegen die Ku-Klux-Klan-Schützen und das Aufdecken des Winterthurer Handgranatenanschlags haben zu einer offenkundigen Minderpräsenz dieser parteiähnlich organisierten Gruppen geführt. Doch deswegen zu hoffen, der Spuk sei vorbei, widerspräche aller Erfahrung der letzten Jahre. Zwar sind immer wieder bestimmte Neonazigruppen verschwunden (etwa nach öffentlichen Kontroversen oder nach einer Konfrontation ihrer Mitglieder mit Polizei und Justiz), doch einzelne Anhänger formierten sich stets neu – meist unter einem anderen Namen und mit neuen Anhängern (2). Wir werden mit dieser Szene auch in Zukunft konfrontiert sein; und wie das brutale Auftauchen neofaschistischer Gruppen in der ehemaligen DDR zeigt, ist mit dem Erstarben des Neofaschismus europaweit zu rechnen (3).

Die Tatsache rassistisch motivierter Gewalt allein ist Grund genug, sich mit der formierten rechtsradikalen Szene wie mit dem Alltagsrassismus sogenannten normaler Schweizer auseinanderzusetzen. (Ich lasse hier beiseite, dass faschistische Schlägerbanden für staatstreue PolitikerInnen auch einen willkommenen Anlass darstellen zur Legitimierung der unter Druck geratenen Politischen Polizei.) Doch wie steht es mit der politischen Bedeutung dieser Szene?

In der offiziellen Politik der Schweiz spielen die neonazistischen neuen Fröntler à la *Patriotische Front* oder Schaffhauser NPS schlicht keine Rolle. Sieht man von der Ausnahme des Basler Grossrats Eric Weber ab, der nach seiner Loslösung von der *Nationalen Aktion* (NA) als nazistische Einmannpartei erfolgreich wiederkandidierte, so ist es Kräften rechts von der NA und verwandter Gruppen (wie den Vigilants in Genf) seit den 30er Jahren nie mehr gelungen, in ein Parlament gewählt zu werden. Sie unternahmen einen solchen Versuch auch kaum. Dass Zürcher Anhänger der *Nationalen Koordination* (der Dachorganisation der militanten Rassisten, die sich "der Negerfrage" widmen wie weiland die Fröntler "der Judenfrage") 1986 unter der Bezeichnung *Koordination Zürich* für den Gemeinderat der Stadt Zürich kandidierten, wurde in der Öffentlichkeit nicht einmal registriert. Wer in der Schweiz öffentlich mit Hakenkreuz und Hitlergruss auftritt, begeht ohnehin

politischen Selbstmord. Die Bevölkerung gibt solchen Gruppen keine Chance – so wie die 97 Prozent jener St. Galler Kirchgemeindeglieder, die 1977 den Neonazi-Pfarrer Gerd Zikeli abwählten.

Für sich allein betrachtet liessen sich die vielleicht 50 aktiven Neonazis (vorwiegend Deutschweizer Männer aus kleineren Städten) samt den paar hundert Sympathisierenden in der Schublade "Polit-Exoten" bequem ablegen. Doch das wäre zu einfach. Denn ihre Bedeutung liegt vor allem in der politischen Funktion, in der Wechselwirkung mit den übrigen politischen Kräften. Hier bahnt sich eine neue Symbiose an, ein Zusammenspiel von Neonazis einerseits und dem reaktionären Parteienblock andererseits, welches auf gegenseitigem Interesse beruht. Zu diesem reaktionären Block zähle ich neben NA und *Autopartei* (AP) insbesondere die von Nationalrat Christoph Blocher geführte *Schweizerische Volkspartei* (SVP).

Wer mit Alt- und Jungnazis diskutiert, hört keinen Politikernamen so häufig wie jenen des Grossunternehmers und Zürcher SVP-Politikers Blocher. Dass die von Blocher präsidierte *Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz* (AUNS) als erste das Notrecht in der Asylpolitik verlangte (eine Forderung, die die SVP später übernahm), haben die militanten Rassisten sehr wohl registriert und als willkommene politische Rückendeckung interpretiert. "Schweiz wir kommen", formulieren sie ihre neue Befindlichkeit. Umgekehrt profitiert aber auch ein Blocher (der Name steht hier nicht nur für die konkrete Person, sondern auch als Chiffre für diese politische Strömung) von den neuen Fröntlern. Der immer ungeniertere Stimmenfang der Zürcher SVP in einem einst der NA vorbehaltenen Lager kann doppelt legitimiert werden. Zum einen erscheinen noch so harte asylpolitische Forderungen stets als gemässigt – verglichen mit den noch radikaleren Sprüchen der Fröntler. Zum anderen kann ein Blocher im Brustton des Besorgten darauf pochen, nur ein energisches Durchgreifen in der Asylpolitik verhindere, dass in der Schweiz wieder braune Schlägerbanden entstünden. Ohne diese Rechtsausser-Exoten wäre es für das Publikum weit augenfälliger, wie sehr die SVP daran ist, einer NA den Rang abzulaufen. Damit keine Missverständnisse entstehen: Ein Blocher hat die Strebel-Gruppe weder ins Leben gerufen noch sponsert er sie. Aber diese Fröntler kommen ihm politisch gelegen. Übrigens nicht bloss elektoral. Je lauter das Geschrei "Asylanten raus" durch das Land schallt, desto mehr wird abgelenkt von jener gesellschaftlichen Unordnung, für die Politiker vom Schlag eines Blochers die Verantwortung tragen (etwa in der Boden- und Wohnungsfrage). Auch deswegen hat ein Blocher grosses Interesse, die "Asylfrage" hochzuspielen.

Die Wahlen vom April 1991 in den Zürcher Kantonsrat dokumentieren dieses politische Zusammenspiel. So wie Ringiers "Blick" mit dem Rauskitzeln von Vorurteilen und Ängsten Auflage und Profit macht, so profiliert sich die SVP in der Wirtschaftsmetropole der Schweiz seit über einem Jahr praktisch ausschliesslich mit dem schamlosen Ausbeuten von zwei Elendsituationen, die bei vielen Ängste und Vorurteile provozieren: dem Drogenelend und dem Elend der Asylsuchenden. "Schluss mit dem Asyl-Missbrauch!", "500 Millionen Steuergeld für Asylrechts-Missbrauch" u.ä. lauten

die hemmungslosen Schlagzeilen der populistischen SVP-Anzeigen. In einem ähnlichen Stil versucht die SVP Kapital aus dem Drogenelend zu schlagen, und jene Parteien, die bei diesen beiden undankbaren Themen etwas mehr Verantwortung übernehmen, diffamiert die SVP als Filzläuse: "Achtung vor dem roten und grünen Filz". Einen beträchtlichen Teil ihres Wahlkampfes (und noch mehr des Vorwahlkampfes) investierte die SVP in die beiden Themen Asyl und Drogen – bislang klassische Agitationsfelder einer NA. Auch die *Autopartei* fischt in diesem Teich: "Wir haben schon 1985 vor dieser asylpolitischen Geisterfahrt gewarnt und 1988 die Anwendung von Notrecht verlangt." Die Parteien des reaktionären Blocks üben sich im Wettlauf um den lautesten Ruf nach härterem Durchgreifen und Ausmisten. Die in die Jahre gekommene Überfremdungspartei NA hat die neue Konkurrenz der SVP sehr wohl registriert. Als die Zürcher Urnen bereits offen waren, warnte die NA in grossen Inseraten: "Vorsicht – Falle: Die Schweizerische Volkspartei und weitere Parteien tun jetzt vor den Wahlen so, als ob sie gegen Masseneinwanderung eingestellt wären. (...) Einzig die Nationale Aktion/Schweizer Demokraten tun wirklich etwas mit ihrer neuen Volksinitiative. (...) Wer die Asylantenflut bremsen will, wählt Nationale Aktion!"

Für die SVP zahlte sich die rassistische Demagogie im Wahlkampf aus. In der Stadt Zürich, wo sie früher eine Aussenseiterrolle spielte, legte die SVP sprunghaft 53 Prozent zu und erreichte neu einen WählerInnenanteil von 10,4 Prozent. Im ganzen Kanton gewann sie 3,6 Prozent und ist damit mit 19,4 Prozent WählerInnenanteil zur zweitgrössten Partei aufgestiegen – eine Position, die 1987 noch die Sozialdemokraten innehatten. Manche übersahen wegen des Erfolgs des SP- und wegen des Scheiterns des SVP-Regierungskandidaten, dass die von Blocher geführte Partei der grosse Wahlsieger war. Ihr Erfolg ging nicht zulasten der ebenfalls bürgerlichen, wenn auch nicht offen reaktionären FDP. Vielmehr ist anzunehmen, dass die SVP auf Kosten der NA erstarkte. Die NA fiel von 6,0 auf 4,4 Prozent zurück. Die Autopartei, entgegen der üblichen Etikettierung zumindest eine Zweitthemenpartei (Auto und Asyl), mobilisierte mit ihren egoistischen Slogans 2,4 Prozent der Wählenden. Diese drei Parteien des reaktionären Blocks erreichten gemeinsam 26,2 Prozent. Zum Vergleich: Das Spektrum der rotgrünen Parteien (SP, GP und FraP!/AL) erzielte zusammen 31,2 Prozent.

"Eher beunruhigend ist es, wenn der reaktionäre und politisch diffamierende Stil von Christoph Blochers Zürcher SVP mehr Wählerprozent einträgt", kommentierte der SPS-Pressedienst. "Die SVP scheint zum Sammelbecken rechtsausen zu werden." Und wird es wohl bleiben, ist anzufügen. Denn angesichts des Zürcher Erfolges spricht viel dafür, dass die SVP aus dem anhaltenden sozialen Elend und aus der angeheizten Stimmung in der bürgerlichen Asylpolitik Kapital schlagen können. Solange der Wahlerfolg lockt, wird sich die SVP weiterhin am Rassismus gesundzustossen versuchen.

Damit hat sich die Polit-Landschaft im reaktionären Parteienspektrum entscheidend verändert. Wer früher ein möglichst hartes Durchgreifen ge-

gen "Asylanten" und "Drögeler" (die bevorzugten Schlagzeilen-Buhleute des "Blick", seit die "Terroristen" und "Chaoten" weitgehend ausgedient haben) unterstützen wollte, der musste NA wählen, eine in der Öffentlichkeit immer noch weitgehend stigmatisierte Partei. Heute kann er/sie die gleichen politischen Erwartungen einer alteingesessenen, trotz aller Demagogie öffentlich angesehenen Volkspartei anvertrauen. Das Abreagieren reaktionärer und faschistoider Stimmungen ist einfacher geworden, kanalisierbar. Die SVP nimmt manchen die Schwellenangst, die gegenüber einer NA noch bestand. (Ich habe hier vor allem die Zürcher SVP vor Augen.)

Fazit: Die Grenzen der aggressiven Konfliktlösung, woran man sich in der Schweiz gewöhnt hat und damit als normal hinnimmt, haben sich dramatisch radikalisiert, sowohl auf der Ebene rassistischer Gewalt wie auch auf der Ebene der traditionellen Politik. Zu überwinden ist der immer manifestere Rassismus nicht mit Anti-Rassismus (4), so notwendig dieser Widerstand auch ist, sondern allein durch Gerechtigkeit, mit einer weniger ausbeuterischen Weltordnung und mit weniger sozialer Not hier in der Schweiz. Damit ist auch das Dilemma benannt, aus der die Asylpolitik nicht so rasch herauskommen wird: Die Probleme drängen jetzt, doch die einzig erfolgversprechende Politik ist eine grundsätzliche Neuorientierung, die sicher nicht von heute auf morgen zu realisieren ist.

Anmerkungen

- 1) Eine Chronologie über ein Jahr rassistischer Gewalt (August 1989 bis August 1990) findet sich in der Dokumentation der Sommeruni Neuchlen-Anschwilen: Widerstand im Gesamtblick, Lesebuch für Handlungswillige; herausgegeben von ARNA/GONA, St. 1990. (Pf. 1031, 9001 St. Gallen).
- 2) s. Die unheimlichen Patrioten. Ergänzungsband 1979 - 84. Politische Reaktion in der Schweiz. Ein Handbuch. Von J. Frischknecht, U. Haldimann, P. Niggli, Zürich 1984.
- 3) s. unter anderem H. Engelstädter; Der Aufbruch neofaschistischer Gruppen in der früheren DDR, In: '1999', Zeitschrift f. Sozialgeschichte, H. 2, Köln 1991.
s. auch über gewalttätige Neonazi-Gruppen in der Ex-DDR, in: Spiegel, Nr. 22 vom 27.5.91
- 4) Zu möglichen antirassistischen Strategien vgl. Jürg Frischknecht: Das Gegengewicht ist der Kopf. In: Der leergeglaubte Staat. Dokumentation einer Debatte. Hg. von Fredi Lerch und Andreas Simmen, WoZ/rotpunktverlag, Zürich 1991.